

2483/AB XXI.GP  
Eingelangt am: 20.07.2001  
BM für Finanzen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Helene Partik - Pablé und Genossen vom 23. Mai 2001, Nr. 2495/J, betreffend Entschädigungszahlungen, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich darauf hinweisen, dass die Beantwortung der vorliegenden Anfrage unter dem Gesichtspunkt erfolgte, dass von dem in § 90 Geschäftsordnungsgesetz 1975 determinierten Fragerecht die Gegenstände der Vollziehung des Bundes - im vorliegenden Fall die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen für die Versicherungsaufsicht - erfasst sind, nicht aber das Verhalten von Privatrechtssubjekten in zivilrechtlichen Angelegenheiten.

Zu 1.:

Es ist mir bekannt, dass Herr Rechtsanwalt Dr. Otto Schmidt am 18. April 2001 ein Schreiben an das Bundesministerium für Finanzen (Versicherungsaufsicht) gerichtet hat. Dieses Schreiben wurde am 22. Mai 2001 unter Zahl 9 173 001/23 - V/12/01 beantwortet.

Zu 2.:

Als Versicherungsaufsichtsbehörde ist das Bundesministerium für Finanzen berechtigt und verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, wenn ein Versicherungsunternehmen die für den Betrieb der Vertragsversicherung geltenden

Rechtsvorschriften oder die anerkannten Grundsätze eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes von Versicherungsunternehmen nicht eingehalten hat. Das Bundesministerium für Finanzen besitzt jedoch kein Weisungsrecht gegenüber den Versicherungsunternehmen.

Zu 3., 23. und 24.:

Im Falle des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen für ein aufsichtsbehördliches Einschreiten, werden selbstverständlich die entsprechenden Maßnahmen getroffen.

Zu 4.:

Im Rahmen einer Haftpflichtversicherung hat der Versicherer dem Versicherten bis zum vereinbarten Deckungsumfang alle Leistungen zu ersetzen, die diesem aus einer durch den Versicherungsvertrag gedeckten Schadenersatzverpflichtung gegenüber Dritten entstehen.

Zu 5. und 6.:

Nach den mir vorliegenden Unterlagen betrugen die vereinbarten Versicherungssummen 5 Mio. S pro Person, 20 Mio. S für mehrere Personen und 2 Mio. S für Sachschäden. Die Summe von 20 Mio. S war zugleich die Höchstsumme für alle während einer Versicherungsperiode eingetretenen Personenschäden.

Außer diesen Summen sind dem Bundesministerium für Finanzen keine betraglichen Beschränkungen des Versicherungsschutzes bekannt.

Zu 7.:

Nach den dem Bundesministerium für Finanzen vorliegenden Unterlagen besteht kein Anhaltspunkt dafür, dass die Wiener Städtische Allgemeine Versicherung AG jemals das Bestehen des betreffenden Versicherungsvertrages mit der Firma Seroplas und ihre Eigenschaft als Versicherer bestritten hätte.

Zu 8. bis 10. und 20. bis 22.:

Vorerst ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass ein Versicherungsunternehmen nicht dazu gezwungen werden kann, im Fall eines strittigen Leistungsanspruchs - wie er hier vorliegt - ein Vergleichsangebot zu unterbreiten. Ebenso wenig kann ein Versicherter dazu gezwungen werden, ein Vergleichsangebot anzunehmen. Umso weniger können dem Versicherungsunternehmen Vorschriften über den Inhalt des Vergleichsangebots oder sein Vorgehen bei den Vergleichsverhandlungen gemacht werden.

Außerdem besteht auf Grund der bereits dargelegten Kompetenzlage des Bundesministeriums für Finanzen seitens der Finanzverwaltung keine Berechtigung, in dieser Angelegenheit für die Wiener Städtische Allgemeine Versicherung AG zu sprechen oder ihr Verhalten zu erklären.

Zu 11.:

Das Vergleichsangebot der Wiener Städtischen Allgemeine Versicherung AG war an Herrn Rechtsanwalt Dr. Georg Schuchlenz gerichtet, den Masseverwalter der Firma Seroplas, die den betreffenden Versicherungsvertrag abgeschlossen hatte.

Zu 12.:

Die Zahlungsverpflichtung auf Grund eines Vergleichsangebots tritt ein, wenn dieses von der Gegenseite angenommen worden ist und die vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Ob dies der Fall ist, kann im Streitfall nur von den zuständigen Gerichten entschieden werden.

Zu 13. bis 16.:

Inwieweit die Wiener Städtische Allgemeine Versicherung AG die fehlende Zustimmung einer bestimmten Anzahl von Geschädigten, eine bestimmte Verteilung der Vergleichssumme auf die Geschädigten oder bestimmte Honorarforderungen rechtsverbindlich akzeptiert hat, kann im Streitfall ebenfalls nur von den zuständigen Gerichten entschieden werden.

Zu 17.:

Nach den vorliegenden Informationen wurde das betreffende Vergleichsangebot ausschließlich von der Wiener Städtische Allgemeine Versicherung AG an den Masseverwalter der Firma Seroplas gerichtet. Andere Beteiligungen liegen offensichtlich nicht vor.

Zu 18.:

Darüber liegen dem Bundesministerium für Finanzen keine Informationen vor.

Zu 19.:

Diese Frage bezieht sich auf die operative Geschäftstätigkeit einer privaten Firma und betrifft nicht den Gegenstand der Vollziehung. Ich ersuche daher um Verständnis, dass ich dazu im Hinblick auf § 90 Geschäftsordnungsgesetz 1975 nicht Stellung nehmen kann.